

«Soziale Sicherheit auf heutigem Niveau halten» Sozialdepartement wehrt sich für Zusatzleistungen

pi. Die Vorsteherin des Stadtzürcher Sozialdepartements, *Monika Stocker*, tritt gegen den «drohenden Sozialabbau von Kanton und Bund» an. Wie die grüne Stadträtin an einer Pressekonferenz betonte, wird sich die Stadt Zürich gegen die vom Regierungsrat geplante Streichung der kantonalen Beihilfen und gegen die im Rahmen des vorgeschlagenen neuen Modells für den Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen diskutierte Kantonalisierung der Ergänzungsleistungen wehren. Stocker hält diese Pläne sozialpolitisch für unverantwortlich und befürchtet eine weitere Entsolidarisierung.

Gegen drohenden Sozialabbau

Die Zusatzleistungen zu AHV und IV haben laut *Monika Stocker* in Kanton und Stadt ein Niveau erreicht, das ein «selbstbestimmtes Leben in Würde» ermöglicht. Das bestehende System der Zusatzleistungen garantiere den Berechtigten ein soziales Mindesteinkommen, das heute für Alleinstehende 23 420 Franken beträgt, und bekämpfe die Armut effektiv. Die Vorsteherin des Sozialdepartements kann daher nicht verstehen, dass Bund und Kanton bei einem einkommensschwachen Bevölkerungsteil Sozialabbau betreiben wollen, um ihre Haushalte zu sanieren. Kritisch beurteilt *Stocker* die Absicht, die heute vorwiegend bundesrechtlich normierten Ergänzungs-

leistungen zur AHV/IV vollumfänglich in den Kompetenzbereich der Kantone zu übertragen. Diese Leistungen seien 1966 mit dem Ziel eingeführt worden, den Rentenberechtigten ein einheitliches Mindesteinkommen zu garantieren. Mit einer Kantonalisierung sei dieser Mindeststandard gefährdet.

Die Stadtregierung will daher diese sozialpolitische Entwicklung auf der Ebene von Kanton und Bund aufmerksam verfolgen. So wird *Monika Stocker* mit dem Rückhalt des Stadtrates bei *Ruth Dreifuss*, *Kaspar Villiger* und der kantonalen Gesundheitsdirektorin *Verena Diener* vorstellig werden, um die Anliegen der Stadt Zürich vorzubringen. Zudem sei das städtische Amt für Zusatzleistungen bewusst nicht in das neuste Sparpaket einbezogen worden, sagte *Stocker*. Die Rentnerinnen und Rentner hätten ihren Beitrag geleistet. Wie *Ernst Reimann*, Dienstchef Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV, erläuterte, hat die Stadt im Jahr 1995 8,5 Millionen Franken gespart, indem die Einmalzulagen («Wintermantelzulagen») gesenkt und die Einkommensgrenzen nicht der Teuerung angepasst wurden.

Plakataktion

Für die Stadt Zürich ist die soziale Sicherheit für Betagte und Behinderte ein zentrales Anliegen. Um zu den Hiobsbotschaften der vergangenen Wochen – beabsichtigte Streichung der kantonalen Beihilfen, steigende Heim- und Gesundheitskosten, das Punktesystem in Altersheimen, die langfristige Finanzierung der AHV – ein Gegengewicht zu geben, will das Sozialdepartement die Öffentlichkeit mit einer Plakatkampagne (ab 24. Juni) über die Zusatzleistungen informieren. Der Stadtrat will laut *Monika Stocker* auf jeden Fall versuchen, die soziale Sicherheit auf dem heutigen Niveau zu halten. Das System der Zusatzleistungen wirke auch als eine Art Pflegeversicherung. Die Kosten, die Pensionärinnen und Pensionäre in Alters- oder Pflegeheimen nicht übernehmen können, werden durch die Zusatzleistungen gedeckt. Im vergangenen Jahr wurden in der Stadt Zürich an über 15 000 Personen rund 247 Mio. Fr. an Zusatzleistungen zur AHV/IV ausgerichtet (1985 waren es knapp 110 Mio. Fr.). Davon stammten 145 Mio. Fr. aus der Stadtkasse, was gemäss Angaben von *Ernst Reimann* rund 9 Prozent der städtischen Steuereinnahmen entspricht.

Das Volkshaus und die SVP

ese. In einer Stellungnahme zur Fraktionserklärung der SVP an der letzten Gemeinderatssitzung (NZZ 13. 6. 96) gibt die Leitung des Volkshauses ihre Version des geschilderten Vorfalls wieder, wonach die Junge SVP kurz vor einer geplanten Veranstaltung aus dem Volkshaus ausgeladen worden sei. Laut der Stellungnahme war der Volkshauswirt von der Jungen SVP angefragt worden, ob sie einen regelmässigen, *nicht öffentlichen* Stammtisch abhalten dürfe. Die Zusage wurde erteilt, dann aber zurückgezogen, als sich herausstellte, dass die Jungpartei mit *Inseraten* für den Stammtisch Werbung machte. Die verantwortlichen Instanzen des Volkshauses seien zu der Einsicht gelangt, dass Ausschreitungen und Sachbeschädigungen befürchtet werden müssten. Das Restaurant blieb dann am fraglichen Abend aus Sicherheitsgründen geschlossen.